

LIEBE MITGLIEDER,

vom 21.–23.9.2018 hat der Hauptausschuss in Bad Sassendorf grundlegende Entwicklungen für die GGG diskutiert und das weitere Vorgehen abgestimmt. Ausführlich wurde die GEMEINSAM LERNEN besprochen und am Ende entschieden, die gemeinsame Herausgeberschaft aufzugeben. Die Reichweite der Zeitschrift war leider auch innerhalb der GGG zu gering. Angesichts ihrer Qualität ist es schmerzlich und höchst bedauerlich, dass wir es nicht geschafft haben, mehr als 10 % der Mitglieder, darunter auch nur 10 % der Mitgliedsschulen, als dauerhafte Nutznießer zu gewinnen. Damit haben wir keine für die GGG vertretbare Kosten-Nutzen-Relation erreicht, zumal für die übrigen Mitglieder nur die im Gehalt sehr eingeschränkten 8 GGG-Seiten blieben. Nach der Kündigung wird unsere (Mit-)Herausgeberschaft nun mit dem Heft 2/2019 enden. Der Verlag hat mitgeteilt, dass er nach Wegen sucht, die Zeitschrift zu erhalten und zumindest Heft 3 und 4/2019 alleine herausgeben wird. Eine Arbeitsgruppe wird nun Vorschläge für eine neu zu gestaltende inhaltliche Verbandskommunikation erarbeiten, die ab Herbst 2019 an die Stelle der GEMEINSAM LERNEN treten soll.

Auslöser für diesen ‚verlängerten‘ Hauptausschuss war allerdings die finanzielle Situation in einigen Landesverbänden. Eine beabsichtigte Veränderung des Verteilschlüssels der Mitgliedsbeiträge wurde zugunsten eines gemeinsamen Ergänzungshaushalts vermieden. Dieser betont die gemeinsame Verantwortung des HA für die Aktivitäten der GGG – auf Bundes- wie Länderebene –, die grundsätzlich eingefordert wurde. Die intensiven inhaltlichen Diskussionen wurden positiv wahrgenommen und für 2019 wurde erwogen, den zweiten HA ebenfalls wieder auf zwei Tage anzulegen.

Weitere Details sind unter www.ggg-web.de im Mitgliederbereich nachzulesen.

GGG-liche Grüße

Gerd-Ulrich Franz

INHALT

GGG Diskussion

2019 – Jubiläen werfen ihre Schatten voraus – Teil 3	II
Ganztag und inklusives Lernen in der einen „Schule für alle“	IV

GGG Länderberichte

Hamburg	IV
Hessen	V
Niedersachsen	VI
Schleswig-Holstein	VI
50 Jahre GGG NRW	VII

GGG intern

Termine	VIII
Mitgliederjubiläen	VIII

1919 – 1969 – 2009 – 2019 – Jubiläen werfen ihre Schatten voraus!

Der (Fehl)Start der ‚einheitlichen‘ Grundschule

Am 11.8.1919 trat die Weimarer Verfassung in Kraft, deren Art. 146 forderte: *„Das öffentliche Schulwesen ist organisch auszugestalten. Auf einer für alle gemeinsamen Grundschule baut sich das mittlere und höhere Schulwesen auf.“*¹

Im „Reichsschulgesetz“ vom 28.4.1920 wurde als sogenannter „Weimarer Schulkompromiss“ formuliert: *„Die Volksschule in den vier untersten Jahrgängen als die für alle gemeinsame Grundschule, auf der sich auch das mittlere und höhere Schulwesen aufbaut, einzurichten. [...]“* Für die Zustimmung der Zentrumspartei zum „Versailler Vertrag“ hatte die SPD einer Reduzierung der eigentlich angestrebten 8-jährigen gemeinsamen Grundschule zugestimmt. Der Vertreter des „Bundes entschiedener Schulreformer“, Paul Oestreich, nannte den Kompromiss darum ein „inneres Versailles“! Die Hoffnung auf eine Öffnungsklausel: *„Für besondere Fälle können die Landeszentralbehörden zulassen, daß noch weitere Jahrgänge einer Volksschule als Grundschulklassen eingerichtet werden“*, erfüllte sich leider in keinem der Länder. Stattdessen führte ein weiterer Kompromiss: *„Innerhalb der Gemeinden sind indes auf Antrag von Erziehungsberechtigten Volksschulen ihres Bekenntnisses oder ihrer Weltanschauung einzurichten, [...]“* de facto zu einem Fortbestand der Konfessionsschulen – zum Teil bis heute! In Nordrhein-Westfalen gibt es noch immer „evangelische und katholische Bekenntnisschulen“ neben den „Gemeinschaftsgrundschulen“.

Eine gemeinsame Grundschule für alle Kinder – „einheitlich“ für das ganze Reich – war damit erst einmal gescheitert. Das historische Datum steht also allenfalls für die Abschaffung der „Vorbereitungsschulen“ für die Gymnasien zugunsten des verpflichtenden Besuchs der nun als Grundschule definierten Jahrgänge 1–4 der Volksschule. Die wegen heftiger politischer Konflikte auf 1920 verschobene „Reichsschulkonferenz“

konnte diese Entscheidung nur noch zur Kenntnis nehmen. Die widerstreitenden Positionen der Vertreter der „höheren Schule“ und der „entschiedenen Schulreformer“ wurden zu Protokoll gegeben, letztere konzentrierten sich in der Folge auf die Umsetzung ihrer Ideen in den (privaten) Reformschulen. 1934 errichteten dann die Nationalsozialisten ein „Reichsbildungsministerium“, dem alle Schulbehörden der Länder unterstellt wurden(!). *„Die braunen Bildungsreformer wollten eine reichsweit einheitliche Schulstruktur schaffen: die vierjährige gemeinsame Grundschule, daran anschließend vier Jahre Volksschule plus dreijähriger Berufsbildung oder Mittelschule mit zweijähriger Berufsbildung oder die höhere Schule mit der Reifeprüfung als Abschluss.“*² Aber: *„1936 [endete] abrupt, was mit Furore begonnen wurde, eine Schulreform ‚aus einem Guss‘“*. Wegen des Widerstands der „Länderfürsten“ der Partei gab Hitler seine „gleichschaltenden“ Absichten für die Schule auf. So blieb es bis 1945 bei den länderspezifischen Ausprägungen wie auch den kirchlichen Einflüssen.

Die Nachkriegsentwicklung – „im Westen nichts Neues“

Der „Neuanfang“ nach dem zweiten Weltkrieg unter der Regie der Alliierten brachte im geteilten Deutschland eine gespaltene Entwicklung: Während es im Westen weitgehend bei der 4-jährigen Grundschule als Teil der Volksschule in den wieder länderspezifisch geregelten Ausprägungen blieb, wurde in der DDR eine einheitliche Schule entwickelt. Im anfangs daran beteiligten West-Berlin erfolgte 1948 – dank erneuter Koalitionskompromisse – der Abbruch der gemeinsamen Schule nach der gerade erreichten 6. Klasse (in Hamburg aus gleichem Grund 1953 die Rücknahme von 6 auf 4 Jahre). Bevölkerungswachstum und wirtschaftlicher Aufschwung führten zu Bauboom und neuen Stadtteilen und förderten die Einrichtung eigenständiger Grundschulen. Die Volksschule wurde

abgeschafft, deren obere Jahrgänge als „Hauptschule“ fortgeführt. Die verstärkte soziale Segregation erzeugte in den Städten sozial unterschiedliche Schülerzusammensetzungen der Grundschulen. Eine „gemeinsame Grundschule für (wirklich) alle Kinder“ gab es in der BRD und gibt es also in Deutschland allenfalls im ländlichen Raum und nur in den Ländern, die keine Bekenntnisgrundschulen hatten oder haben.

Pädagogische Entwicklungen in den Grundschulen

Diskussionen um „Bildungsnotstand“ und die „Erschließung der Bildungsreserven“ begünstigten in den Grundschulen einen pädagogischen Entwicklungsschub. Mit vielfältigen Lernformen, ‚Wochenplänen‘ und selbstständigem Arbeiten sollte die Vielfalt der Kinder im gemeinsamen Lernen zu Lernerfolgen und besserer Bildung für alle führen. Flexible Eingangsstufe, Lernen als subjektiver Prozess zur Entfaltung individueller Potenziale vermeidet persönliche Wertzuschreibungen, stärkt die Vielfalt und wahrt die Würde des Einzelnen. Wenn Noten durch kompetenzorientierte Leistungsbeurteilung und Klassen durch jahrgangsübergreifende Lerngruppen ersetzt werden, signalisiert dies einen echten Aufbruch, die endgültige Abkehr von dem in Gesellschaft und Bildungsverwaltung noch immer vorherrschenden Bild der Homogenität von Lerngruppen.

„Durchschlagende Wirkung“ der selektiven Sekundarstufe

Allerdings ist erfolgreiches gemeinsames Lernen aller Kinder solange gefährdet, wie diese nach Klasse 4(6) auf verschiedenen bewerteten Schulformen wechseln müssen. Denn dieser Wechsel strahlt aus, prägt die Erwartungen der Eltern mit Blick auf die „Erfolgsaussichten“ in dieser Gesellschaft, kontaminiert schon früh das Denken der Kinder, lenkt vom Lerninhalt ab und betont dessen Tauschwert. Und die Lehrkräfte? Die Kolleg*innen in den Grundschulen arbeiten

tagtäglich in dem Widerspruch, bestmögliche Potenzialentfaltung für alle zu gestalten – und zugleich die formale Eignung und persönlich bewertende Zuordnung zur „mittleren oder höheren Lehranstalt“ im Kopf zu haben, die sie nach der Grundschule ggf. aussprechen müssen. Gerald Hüther formulierte angesichts dieses Widerspruchs: „Warum lassen sich die Pädagogen als Selektierer missbrauchen?“ Mit dieser Frage entlarvt er die schulförmige Aufteilung als zutiefst unpädagogischen Auftrag.

Wie viele Lehrkräfte (nicht nur) in der Grundschule dieses Dilemma überhaupt als solches wahrnehmen oder eher als gegebene Bedingung und Aufgabe für sich akzeptieren, gar begrüßen, sei dahingestellt. Dieser Widerspruch kann aber erst aufgelöst werden, wenn gemeinsames Lernen in einer inklusiven Schule für alle in der Sekundarstufe fortgesetzt wird. Die dafür als ersetzende Schulform konzipierten Gesamtschulen können diese Funktion nur bedingt erfüllen: Die Konkurrenz der Schulformen verstellt den Blick oftmals auch bei den Grundschulkolleg*innen – zu selten

nehmen sie selbst Gesamt- und Gemeinschaftsschulen als logische Fortsetzung der Grundschule wahr, um sie offensiv in die Beratung der Eltern einzubeziehen.

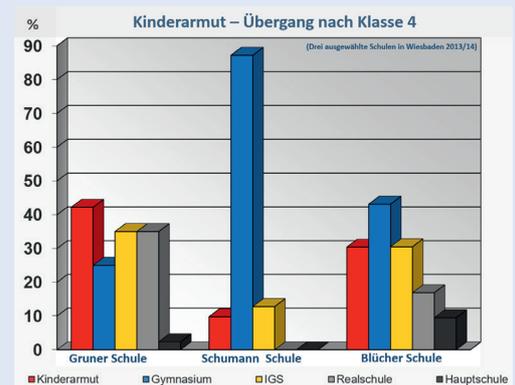
Folgen der Segregation für Schule und Gesellschaft

Die soziale Separation in den Städten führt zu teils deutlich benachteiligenden Wirkungen in den Grundschulen. Die Chancen benachteiligter Kinder werden weiter beeinträchtigt. Kompensatorische Anforderungen prägen die Arbeit der Kolleg*innen massiv und überfordern, wenn die Schulen nicht angemessen durch besondere Ressourcen unterstützt werden (siehe Grafik unten links).

Die benachteiligenden Bedingungen – wissenschaftlich seit PISA belegt und von vielen Eltern intuitiv erfasst – spiegeln sich deutlich in den Schulformquoten beim Übergang nach Klasse 4. Zusätzlich verschärfen Schulbezirkswechsel mit willfähriger schulamtlicher Genehmigung und freundlicher Aufnahme durch „besser situierte“ Grundschulen die Situation an den anderen Schulen. So entsteht in den Städten bereits in der Grundschule eine Trennung der „Milieus“, die durch den Wechsel in die selektiven Schulformen der Sek. I noch einmal verstärkt und verfestigt wird.

Fazit

Kinder und Jugendliche durchlaufen in Deutschland also oftmals öffentliche Schulen, deren zentrales Merkmal, die vom Verfassungsgericht (sogar für die Privatschulen!) als Vorgabe benannte „gesellschaftliche Vielfalt“, kaum noch gegeben ist. Unterschiedliche Lebensbedingungen können nicht mehr wahrgenommen, Akzeptanz von Verschiedenheit und Wertschätzung von Vielfalt nicht mehr erlernt, Verständnis für je verschiedene



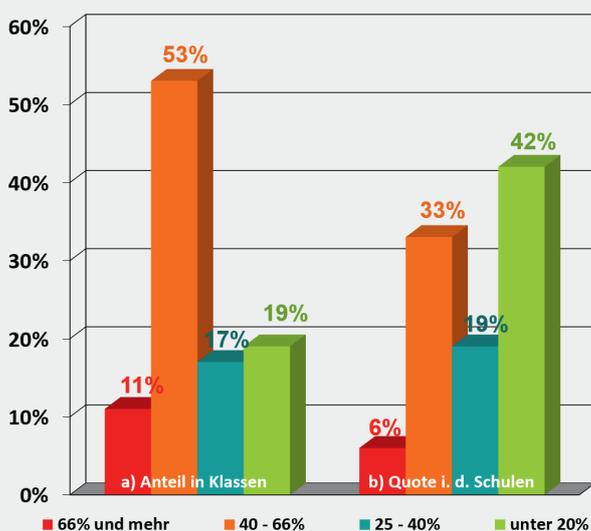
Grafik 2: Übergang nach Klasse 4 (2013/14)

Lebensentwürfe nicht entwickelt werden. Damit fehlt eine zentrale Voraussetzung für ein demokratisch wertschätzendes Miteinander, wird die Spaltung unserer Gesellschaft durch das Schulwesen sogar verstärkt statt abgebaut. Von Anbeginn an behindern diese gesellschaftlichen Rahmenbedingungen den pädagogischen Auftrag der Grundschule. Die Fortführung wertend einordnender Schulformen in der Sekundarstufe überlagert die pädagogische Arbeit und macht aus der Grundschule eine vorgeschaltete Selektionsstufe. Die bestmögliche Entfaltung der Potenziale aller Kinder im gemeinsamen Lernen tritt in den Hintergrund. Auch die 100-jährige gemeinsame Grundschule kann ihren Auftrag erst dann wirklich erfüllen, wenn die eine „inklusive Schule für die Demokratie“ bis zum Ende der Schulpflicht Realität wird – dafür müssen wir uns gemeinsam einsetzen.

GERD-ULRICH FRANZ

- https://de.wikipedia.org/wiki/Weimarer_Schulkompromiss (nur Originaltexte zitiert, aufgerufen 1.11.18)
- <https://www.zeit.de/2012/45/Schule-Unterricht-Nationalsozialismus>; (Interview mit der Historikerin Anne C. Nagel, aufgerufen am 26.10.18)

Kinderarmut in den Grundschulen



Grafik 1. Erläuterung:

a) 11% der armen Kinder lernen in Klassen, in denen ca. 66% der Kinder arm sind! Nur 19% der armen Kinder lernen in Klassen, in denen lediglich 20% arm sind. 64% der Kinder erleben in ihren Klassen Armut als vorherrschende Lebens- und Lernbedingung.

b) In 42% der Schulen liegt die Quote ‚arm sein‘ unter 20%, in 39% der Schulen sind bis zu 66% der Kinder arm.

aus: Sozialbericht der LH Wiesbaden, 2013

Ganztag und inklusives Lernen in der einen „Schule für alle“



„Eine inklusive Schule ist eine, die alle Kinder und Jugendlichen willkommen heißt“. Inklusive Schule heißt Unterschiede wahrnehmen und alle Heranwachsenden aktiv am Lernen zu beteiligen. Unterschiede werden wertgeschätzt, unterschiedliche Lernvoraussetzungen, verschiedene Begabungen und Haltungen begründen eine differenzierte Lernbegleitung.

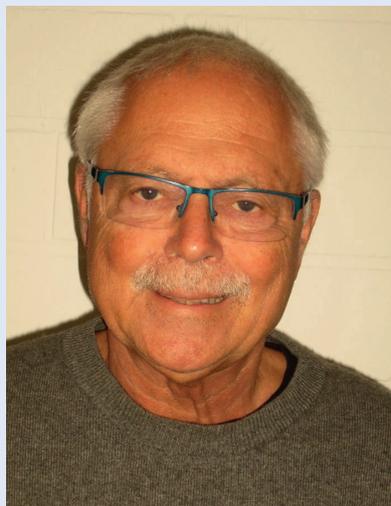
Unterricht und Schulleben ermöglichen reiche Erfahrungen von Gemeinschaft. Deshalb sollte eine inklusive Schule auch eine rhythmisierte Ganztagschule sein. Das ganztägige gemeinsame Leben bietet allen Beteiligten viele Chancen zur Auseinandersetzung und Annäherung. Es schafft Situationen, die auch den Schülerinnen und Schülern Achtung vor Anderen und soziale Verantwortung abverlangen. Gelingende Inklusion bedarf einer solchen „Schule für alle“.

Die Ganztagschule – insbesondere in der gebundenen und rhythmisierten Form – erweitert die schulischen Handlungsmöglichkeiten: mehr Zeit, mehr pädagogische Handlungsräume, ein erweiterter Einbezug non-formaler und informeller Bildungsprozesse in die Schule. Das gemeinsame Leben und Lernen aller Kinder in der allgemeinen Schule und nicht nur die Eingliederung behinderter Kinder ist vorzugsweise an ganztägig arbeitenden Schulen im Rahmenkonzept einer rhythmisierten Ganztagschule in gebundener Konzeption erfolgreich umsetzbar. In einem Thesenpapier hat der Ganztagschulverband HESSEN bereits betont, dass „die Ganztagschule die Rahmenbedingungen für das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne sonderpädagogischem Förderbedarf schafft. Als

eine Schule, die alle Kinder willkommen heißt, macht sie den Prozess der Inklusion erst möglich.“ Hervorragende Beispiele des rhythmisierten gemeinsamen Lernens an Ganztagschulen lassen sich in allen Bundesländern finden (z. B. Richtsbergschule in Marburg, Gesamtschule Barmen, u. v. a.).

Aus der beschriebenen Gemeinsamkeit in der Aufgabenstellung und den ähnlichen Zielen von Ganztagschule und einer „Schule für alle“ kann auch eine Gemeinsamkeit und Schnittmenge der Verbände, von Ganztagschulverband und Gemeinnütziger Gesellschaft Gesamtschule (GGG), abgeleitet werden.

Ziel sollte sein, dass beide Verbände sich wechselseitig in ihrer Arbeit unterstützen und bei besonderen Vorhaben miteinander kooperieren – auch wenn der Ganztagschulverband natürlich weiterhin offen und Ansprechpartner für alle Schulformen bleibt.



GUIDO SEELMANN-EGGEBERT
Landesvorsitzender des Ganztags-
schulverbandes HESSEN

HAMBURG

Mitgliederversammlung

Im Zentrum der Mitgliederversammlung im September 2018 stand die Entwicklung und Situation der Stadtteilschule im Zweisäulensystem. Drei Aspekte bestimmten die Diskussion: Wie durch Steuerung über Wohnungsbau, gute Durchmischung der Stadtteile und durch entsprechende Standortplanung für neue Schulen mehr Bildungsgerechtigkeit erreicht werden könnte, zudem die Frage der Übergänge von der Grundschule in die weiterführenden Schulen und das „Schulwechslerproblem“ (in 2018 wechselten nach Klasse sechs 905 (!) Schülerinnen und Schüler vom Gymnasium in die Stadtteilschule), das sich als zunehmend drängend erweist. Gemeinsam war man überzeugt, dass eine planvolle und mit Ressourcen ausgestattete pädagogische Weiterentwicklung der Stadtteilschulen (Stichwort: Lernendes Netzwerk der Stadtteilschulen) sinnvoll und zu fordern ist.

Turnusgemäß fanden Neuwahlen statt. Wir verabschiedeten Ulf Kahlke (seit 2004 Kassenwart) und Renate Nietzschmann (seit 2014 Beisitzerin) mit ehrenden Worten. Auch an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön für die engagierte Arbeit. Neu im Vorstand: Helga Wendland (Schriftführerin) und Uwe Timmermann (Kassenwart).

Mit einer sehr gut besuchten Veranstaltung am 6.11.2018 im Rahmen der Kampagne „zusammen leben zusammen lernen“ wurden die Ergebnisse der Berliner Gemeinschaftsschulen in den Mittelpunkt gerückt: „Gemeinsames Lernen hat Erfolg und wir können es belegen“, so der Titel. Die Bildungsforscher Ulrich Vieluf (Staatsrat a. D. und „Vater“ der KESS-Studien) und Prof. Dr. Johannes Bastian (Schulentwicklungsforschung und Lehrerbildung) haben über sechs Jahre hinweg die Schul- und Unterrichtsentwicklungsprozesse an 18 Berliner Gemeinschaftsschulen begleitet und erforscht sowie die Lernzuwächse bis zur Ebene des einzelnen Schülers/der einzelnen Schülerin erhoben.

Als geradezu sensationell bezeichneten es die Bildungsforscher, dass es gelungen sei, eine weitgehende Entkoppelung der Lernfortschritte von der sozialen Herkunft zu erreichen. Die Lernzuwächse waren bei allen Schüler*innen von Beginn an hoch, je länger der Schulversuch dauerte, desto besser wurden die Ergebnisse, insbesondere bei den Schüler*innen mit niedrigem Sozialstatus.

Die Schulen einte der Verzicht auf eine äußere Leistungsdifferenzierung, eine Leistungsrückmeldung ohne Noten und eine konsequente Umsetzung der Inklusion (Normalität des „Andersseins“). Alle 18 Gemeinschaftsschulen sind Langformen von Klasse 1 bis 10, bzw. 1 bis 13 und arbeiten auf der Basis eines gemeinsam erarbeiteten Leitbildes.

Besondere Bedeutung für den Erfolg der Schulen hatte die hohe Bereitschaft der Pädagogen zur Teamarbeit und zur inhaltlichen Neuausrichtung ihres Unterrichts, in dem der Partizipation und der Selbstständigkeit der Schüler*innen ein hoher Stellenwert zugemessen wird. Die Zufriedenheit der Pädagogen mit Ihrer Arbeit war und ist hoch, in Übereinstimmung hierzu gibt es hohe Identifikationswerte bei den Eltern und Schüler*innen.

Mit der nächsten Veranstaltung der Kampagne am 10.12.2018 nehmen wir das Thema „Stadt macht Bildung“ erneut auf. Diesmal geht es darum, wie wir die wachsende Stadt (bildungs-)gerecht und zudem beteiligungsorientiert so gestalten, dass zukunftsfähige inklusive Bildungseinrichtungen entstehen.

BARBARA RIEKMANN



Walter Rindfuß, Meike Schmidt, Ingrid-Burow-Hilbig, Hanka Mühle, Christa Gramm, Heidrun Raum

HESSEN

Vorstandsklausur LV Hessen

Der neue Landesvorstand traf sich zur Klausur am 18.8.2018 in der Montessori Schule in Idstein. Frank Hilbig übernahm Coaching und Moderation.

Im Mittelpunkt stand die Thematik: „Wir – der neue Vorstand“ – Klärung unserer Motive, Ziele, Ansprüche an unsere Zusammenarbeit. Zeitliche Grenzen wurden abgesteckt.

Folgende Gemeinsamkeiten verbinden uns:

- Wir sind begeistert von der „Einen Schule für alle“ und investieren dafür Zeit und Arbeit.
- Wir verstehen uns als Vorstandsteam, in dem jeder für bestimmte Aufgabenfelder verantwortlich ist, jedoch ohne hierarchische Strukturen.

Zielvorstellungen für den Landesverband: Nach einer Analyse des IST-Zustandes formulierten wir folgende Ziele:

- beibehalten: IGS-Forum, SL-Tagung und Tagung mit Workshop Beatenberg (CH)
- abklären: Fortbildung „Arbeiten bzw. Lehrer*in an einer IGS“ – ist das Format für Schulen von Interesse.

- vorantreiben: Öffentlichkeitsarbeit, um die GGG in Hessen bekannter zu machen – die „jüngere Generation“ mit einbeziehen. Das Wie ist noch offen.
- aktiv werden: Kontakte/Netzwerke knüpfen bzw. pflegen
- einbringen des GGG Standpunktes bei z. B.: bildungspolitischen Veranstaltungen
- aktualisieren: unser hessisches Positionspapier

Auf der kommenden SL Tagung/Mitgliederversammlung im März 2019 bieten wir Input und Austausch zum Thema „Arbeiten in multiprofessionellen Teams“.

Beatenberg ist weiterhin eine Reise wert!

Vom 28.09. bis zum 02.10.2019 sind wieder Kolleg*innen eingeladen, um im Institut Beatenberg in anderer Atmosphäre, unterstützt durch verschiedene Inputs, an einem Konzept für die eigene Schule zu arbeiten.

CHRISTA GRAMM

NIEDERSACHSEN

GGG-Fachtag in Stadthagen (IGS Schaumburg) und Mitgliederversammlung

Die GGG Niedersachsen veranstaltet jährlich eine Fachtagung, die vornehmlich Anstöße zur schulinternen Weiterentwicklung bieten soll. 2018 lautet der Titel „Demokratie und Emotion – pädagogische Herausforderungen in Zeiten der Hasspolitik“.

Demokratie und Gesamtschularbeit sind eng miteinander verbunden: „Gemeinsam Leben und Lernen“ ist ein demokratischer Wert, der sich in partizipativen Organisations- und Lernstrukturen und gleichwürdigen Handlungs- und Kommunikationsformen im System Gesamtschule kristallisiert. Demokratie erfahren und reflektieren ist somit eine pädagogische Aufgabe und Herausforderung im alltäglichen Zusammensein an Gesamtschulen. Fast 70 Jahre nach der Einführung des Grundgesetzes kommt dieser Aufgabe besondere Bedeutung zu: nach wie vor als Ziel einer humanen Schule – und vor dem Hintergrund neuerer gesellschaftlicher Entwicklungen in besonderem Maße.

Kurt Edler begleitete als Referent und Moderator durch diesen Tag. (www.edlerhh.de)

Neben seiner beruflichen Tätigkeit als Lehrer und Fortbildner engagierte sich Edler in der GAL in Hamburg. Heute ist er Mitwirkender im Hamburger Beratungnetzwerk gegen Rechtsextremismus und im Hamburger Netzwerk Prävention und Deradikalisierung. Seit 2008 ist er Bundesvorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik e.V., seit 2009 deutscher Koordinator im Programm „Education for Democratic Citizenship and Human Rights“ des Europarats mit den Arbeitsschwerpunkten Rechtsextremismus, Islamismus, Schuldemokratie und Anti-Diskriminierung.

Kolleginnen und Kollegen von Gesamtschulen in Niedersachsen sowie Schulleitungsmitglieder, teilweise im kompletten Leitungsteam, verfolgten die Ausführungen

des Referenten mit großem Interesse und arbeiteten in Gruppen zu verschiedenen „Fällen“.

Thematisch ging es im Vortrag, in den Gruppen und während des Abschlussplenums um:

- Verständigung über die Gefährdung der Demokratie
- Grundkenntnisse über die Wirkungsweise „politischer Emotionen“
- Grundrechtsklarheit im Werte- und Kulturkonflikt
- Emotionale Inklusion
- Tipps für eine empathieförderliche Schulentwicklung

Die Teilnehmer/innen stellten für ihre Schulform fest, dass verlässliche Teamstrukturen und die positive Grundhaltung gegenüber Heterogenität gute Gelingensbedingungen sind, wenn es um Entwicklung von Toleranz und demokratisches Bewusstsein an Schulen geht. Trotzdem wurde auch sehr deutlich, dass solche Haltungen gepflegt werden müssen. Eine ständige Rückversicherung innerhalb von Kollegien, gerade bei einer derzeit relativ hohen Personalfuktuation, ist geboten.

Mitgliederversammlung

Zur Mitgliederversammlung begrüßte der bisherige – und neue – Landesvorsitzende, **Andreas Meisner**, die zahlreich versammelten Mitglieder. Der Rechenschaftsbericht des Vorstands konzentrierte sich auf die intensiven und inzwischen auch erfolgreichen Versuche, im Sinne der Gesamtschulen Einfluss auf die Bildungspolitik in Niedersachsen zu nehmen und die Interessen dieser Schulform zu vertreten. Ein weiterer Aspekt im Bericht waren die Angebote der GGG an Schulen und Schulleitungen zur Vernetzung und Fortbildung.

Zu den politischen Forderungen konnte festgestellt werden, dass die „Wahlprüfsteine“ der GGG zu Landtagswahl im Januar 2018 nach wie vor nichts an Aktualität eingebüßt haben.

Unter großem Applaus verabschiedet wurden nach langjähriger Mitarbeit im

Vorstand: Jan-Peter Braun und Wolfgang Kuschel. Zwei neue Mitglieder verstärken die Vorstandsarbeit: Sven Schickerling aus Hannover und Markus Feldmann aus Lüneburg.

In der sich anschließenden intensiven bildungspolitischen Aussprache wurden folgende Aspekte angesprochen und z.T. vertiefend diskutiert:

- Entwicklung schulischer Angebote im ländlichen Raum/die Rolle von Gesamtschule dabei,
- Der Aufbau neuer Gesamtschulen und die Forderung nach einem stabilen Personaltableau,
- Die Quereinsteiger-„Problematik“, die viele Gesamtschulen betrifft,,
- Die fehlende bildungspolitische Perspektive von Bündnispartnern im politischen Raum.

RAIMUND OEHLMANN

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Politischer Gegenwind

Trotz eines starken politischen Gegenwindes (siehe unsere letzten Länderberichte) geben wir die Hoffnung nicht auf, dass letztlich die Vernunft die Oberhand behält und sich ein gerechtes, den Menschenrechten verpflichtendes und der Spaltung der Gesellschaft entgegenwirkendes Schulsystem entwickeln lässt. Unseren Vorstellungen auf der politischen Ebene Gehör zu verschaffen, ist zurzeit nahezu aussichtslos. Wir beteiligen uns an Stellungnahmen und Anhörungen zu neuen Verordnungen und Gesetzen. Dabei verfestigt sich der Eindruck, dass unabhängig von den vorgetragenen Argumenten der von vornherein feststehende politische Wille der Regierenden durchgesetzt wird. Mit unseren Aktivitäten, zu denen auch Presseinformationen und öffentliche Stellungnahmen gehören, versuchen wir dennoch unsere Zielsetzungen weiter zu verfolgen.

Mitgliederversammlung

Am 5.9.18 fand unsere satzungsgemäße Mitgliederversammlung statt. Neben der Neuwahl eines Landesvorstandes hielt Prof. in Susanne Thurn einen Vortrag zum Thema „Wie gerecht ist unser Bildungssystem“. Die Mitgliederversammlung verabschiedete einstimmig einen Beschluss, mit dem die Petition zur Einrichtung eines „Bildungsrates für Bildungsgerechtigkeit“ unterstützt wird. Außerdem wurde in einer Resolution mit der aktuellen Bildungspolitik der Regierungskoalition in Schleswig-Holstein abgerechnet. Über all dies haben wir in unserem letzten Newsletter vom Oktober 2018 ausführlich berichtet (siehe <https://www.ggg-web.de/sh-aktuell>).

Wie in den vergangenen Jahren wurde von uns auch 2018 eine Fortbildungsveranstaltung für Schulleitungsmitglieder an Gemeinschaftsschulen, diesmal zum Thema „Starke Schulen, starker Unterricht: Unterrichtsqualität an Gemeinschaftsschulen“, unterstützt. Die Veranstaltung fand am 25./26.10.18 in Kiel statt.

Zu unseren regelmäßigen Aktivitäten gehört das Angebot eines Elterntages, den wir zusammen mit dem Landeselternbeirat Gemeinschaftsschulen und jeweils einer Gemeinschaftsschule vorbereiten. Im Jahr 2018 fand die Veranstaltung am 1.12. in der Toni-Jensen-Gemeinschaftsschule zum Thema „Schule in der digitalen Welt“ statt.

Für das Jahr 2019 planen wir außerdem neben unserer nun schon traditionellen Klausursitzung des erweiterten Landesvorstandes u.a. mit Diskussionen und Positionsfestlegungen zu den Themen „Gemeinsame Oberstufe für alle Gemeinschaftsschulen“ und „Gebundene Ganztagschule für alle Gemeinschaftsschulen“ zusammen mit der GEW einen Gemeinschaftsschultag für Lehrkräfte.

DIETER ZIELINSKI

Wir feiern Geburtstag – 50 Jahre GGG NRW

Der „Arbeitskreis Gesamtschule in Nordrhein-Westfalen“ (AKG)

Bereits früh hatten Kommunen in Nordrhein-Westfalen – insbesondere mit SPD-Mehrheit, aber auch mit Unterstützung der FDP – Interesse an der „Gesamtschule“ signalisiert. In diesen Städten gab es teilweise seit 1966 Planungsgruppen, die die Gründung einer örtlichen Gesamtschule vorbereiten sollten. Im Sommer 1969 nahmen in NRW die ersten sieben Schulen ihren Betrieb auf. Zwischen diesen Planungsgruppen gab es schon früh informelle Kontakte. Am 14.12.1968 trafen sich Mitwirkende auf Einladung von Jürgen Bechert und Wolfgang Nahl erstmalig in Fröndenberg, um den Austausch zwischen den Städten zu organisieren. Damit war der „Arbeitskreis Gesamtschule in Nordrhein-Westfalen“ (AKG) gegründet.

Am 25.04.1970 trafen sich im Kreishaus Unna – begrüßt von Landrat Jürgen Girgensohn, dem späteren Kultusminister – Vertreter von 13 korporativen Mitgliedern und 15 Einzelmitglieder zur Beschlussfassung über die Satzung und die Eintragung des Arbeitskreises in das Vereinsregister.

Vorsitzender wurde Günter Bechert, ein enger Mitarbeiter von Girgensohn (Bechert wurde 1972 Geschäftsführer des GGG-Bundesverbandes). Das Protokoll schrieb Jürgen Theis. Neben der Verabschiedung einer Satzung wurde in dieser Versammlung die Koordination der didaktischen Arbeit der Gesamtschulen angeregt. Kommunale Schulentwicklung und die pädagogische Arbeit der Gesamtschulen standen von Beginn an im Mittelpunkt der Arbeit. Der Arbeitskreis fühlte sich einem emanzipatorischen Ansatz verpflichtet und verstand sich organisatorisch als Interessenbündnis der Kommunen.

Die Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule (GGG)

Am 24.01.1969 wurde die GGG in Dortmund gegründet, maßgeblich initiiert vom Dortmunder Schuldezernent Prof. Herbert Frommberger. Die GGG verstand sich – der Empfehlung des Bildungsrates folgend – als

bundesweite Interessenvertretung zur Begleitung der Gesamtschulentwicklung. Erster Vorsitzender („Präsident“) der GGG war Horst Mastmann, Leiter der 1968 gegründeten Gesamtschule Britz-Buckow-Rudow in Berlin. Weitere Mitglieder kamen aus Berlin, Hamburg, Frankfurt, Hamburg und Weinheim. Herbert Frommberger als Geschäftsführer und Jürgen Theis als Kassierer kamen aus Dortmund.

Der AKG wird Landesverband der GGG

Vielfältige Kontakte zwischen dem AKG und der GGG führten am 06.02.1971 zu dem Beschluss des AKG-Vorstands, der nächsten Mitgliederversammlung den Beitritt des AK zur Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule vorzuschlagen. Die angestrebte Fusion war nicht unumstritten: Der Arbeitskreis folgte stärker einem demokratisch-emanzipatorischem Ansatz, während die GGG die von Georg Picht ausgelöste Diskussion um die Rückständigkeit des deutschen Schulsystems und dessen mangelhafter Effizienz akzentuierte. Eine zweite Hürde für die Fusion war die unterschiedliche Organisationsstruktur: Der Arbeitskreis Gesamtschule verstand sich als Organisation in NRW, die GGG als bundesweite Organisation.

Bis zum Bundeskongress 1972 in Nürnberg gab es die GGG nur als Bundesorganisation, Landesverbände waren nicht vorgesehen. Um einen Beitritt des AKG zu ermöglichen, bedurfte es der satzungsmäßigen Verankerung von Landesverbänden in der GGG-Satzung. Darüber hinaus ist aus heutiger Sicht deutlich, dass die integrierende Position von Carl-Heinz Evers, der in Nürnberg zum neuen Vorsitzenden der GGG gewählt wurde, mehr als hilfreich war. Die Mitgliederversammlung des AKG am 15.04.1972 folgte dem Vorschlag des Vorstands. Parallel zur Entwicklung in NRW wurden auch in anderen Bundesländern Landesverbände der GGG gegründet.

(Auszug aus „Integrierte Schulen Aktuell“ (ISA) Heft 4/2018, Werner Kerski)



Neuerscheinung Schriftenreihe: Heft 4 „Eine für alle – die inklusive Schule für Demokratie“

Dr. Sigrid Arnade, Autorin und Geschäftsführerin der Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland e.V. (ISL).

Vielfalt als gesellschaftlicher Gewinn

„Inklusion – zu Beginn dieses Jahrhunderts war dieser Begriff noch weitgehend unbekannt. Die behinderten Menschen, die ihn kannten, bekamen bei seiner Nennung leuchtende Augen. Welch eine Verheißung, was für eine Perspektive: Nicht die behinderten Menschen müssen sich an die gegebenen gesellschaftlichen Strukturen anpassen, sondern die Gesellschaft muss Rahmenbedingungen schaffen, dass alle Menschen mit



den unterschiedlichsten Voraussetzungen und Bedarfen gleichberechtigt partizipieren und sich optimal entwickeln können“. Für diesen umfassenden und grundsätzlichen Anspruch steht Sigrid Arnade.

Sie reflektiert in ihrem 2. Beitrag das in der UN-BRK zum Ausdruck kommende Gesellschaftsmodell im Kontrast zur realen Umsetzungspolitik in Deutschland.



GGG Verband für Schulen des
Gemeinsamen Lernens e.V.
Bundesgeschäftsstelle
Huckarder Straße 12
D-44147 Dortmund
Fon: +49-231-58694727

E-Mail: geschaeftsstelle@ggg-web.de
www.ggg-web.de

Jubiläen in 2019

Wir danken für 40 Jahre Mitgliedschaft

Jens Hormann
Diether Christe
Udo Rauhaus
Joachim Schaller
Rosemi Waubert de Puiseau
Ulrich Mittelstädt
Karl A. Dippel
Gisela Böhle-Rother
Dagmar Görting
Herfried Tietge
Ingrid Bröhmer
Rolf Hansen
Heinz Winter
Wolfgang Thiel
Hermann Pfeiffer
Josef Stromberg
Monika Niehaus-Kawa
Barbara Sendlak-Brandt
Erika Stock
Arnold Evertz
Knut Nevermann
Klaus-Egon Stamm
Ursula Ganßauge
Peter Schmoll
Lothar Faulstich

Gabriele Kandzora
Klaus Tobel
Udo Puster-Wall
Herbert Gudjons
Hartmud Koch
Ingrid Spyra-Au
Thomas Bürger
Volkmar Heller
Reinhard Wendt-Eberhöfer
Cornelia von Ilsemann
Gernot Grumbach
Heike Büttner
Dieter Zielinski
Werner Ungerland
Jutta Fernholz
Joachim Scheidler
Hans-Jürgen Pokall
Astrid Eibelshäuser

Termine

04.04.2019: Landeskongress NRW
Gelsenkirchen, Gesamtschule Bergerfeld
**13.09.–14.09.2019: 100 Jahre Grund-
schule – 50 Jahre GSV**

Wir danken für 25 Jahre Mitgliedschaft

Renata Kroha
Brigitta Franke
Marion Paul
Ulrich Steinbrink
Birgit Wurtinger
Helga Lowin
Sigrid Weber
Peter-Michael Köhler
Christian Ladleif
Marlies Többen
Brigitte Schumann
Christine Herbold-Mehner
Wolfgang Canenbley
Heinz-Jörg Müller
Erik Nowarra
Elke-Maria Kramer
Roland Hadlich
Norbert Rüppell

Frankfurt, Paulskirche – Universität
**19.09.–21.09.2019: 50 Jahre Gesamt-
schule – 50 Jahre GGG**
Berlin, Fritz-Karsen-Schule